



HESSISCHER LANDTAG

16. 11. 2004

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

**Antrag
der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies, Eckhardt,
Dr. Pauly-Bender, (SPD) und Fraktion
betreffend eine solidarische Bürgerversicherung für alle**

CDU und CSU haben am 15. November 2004 ihren "Kompromiss" zur Gesundheitspolitik vorgelegt. Danach sollen gesetzlich Versicherten zukünftig eine Einheitsprämie von insgesamt 169 € für ihren Krankenversicherungsschutz zahlen. Die Prämie besteht aus einem Anteil von 109 €, den der Versicherte zu zahlen hat, und einem Anteil von 60 €, den der Arbeitgeber zahlt.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Die Finanzierung des CDU/CSU-Gesundheitskonzeptes ist durch und durch unseriös. Es entsteht eine Finanzierungslücke von rund 20 Mrd. €. Das entspricht rund 15 v.H. des Leistungsvolumens, das nur durch Leistungskürzungen ausgeglichen werden könnte.
2. Der von CDU und CSU vorgelegte Gesundheitskompromiss ist unnötig kompliziert und übermäßig bürokratisch. Über 20 Mio. Menschen, darunter rund zwei Drittel aller Rentner, müssen einen Zuschuss beantragen und dazu einen Nachweis über ihr Einkommen vorlegen. Der Arbeitgeberbeitrag wird über eine so genannte "Clearing-Stelle" an die Krankenkasse weitergeleitet. Die kostenlose Mitversicherung von Kindern soll über Steuern finanziert werden. Die komplizierten Geldströme produzieren einen enormen Verwaltungsaufwand.
3. Das Konzept von CDU und CSU ist familienfeindlich. Bisher sind nicht verdienende Familienmitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung beitragsfrei mitversichert. Zukünftig wird beispielsweise auch für die Person, die kein Einkommen hat, weil sie Kinder erzieht oder Eltern pflegt, ein Beitrag zur Krankenversicherung fällig. Nur Singles gewinnen mit der Kopfpauschale.
4. Mit dem Konzept von CDU und CSU bleibt es bei der alleinigen Belastung der Lohnempfänger und der Kosten der Arbeit. Der Arbeitgeberbeitrag wird eingefroren, sodass eventuelle Kostensteigerungen allein auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden.
5. Die Gesundheitsprämie von CDU und CSU führt zur Risikoselektion. Statt Wettbewerb um Qualität soll Wettbewerb nur noch um die jungen und gesunden Versicherten stattfinden. Durch die Abschaffung des Risikostrukturausgleichs werden Krankenkassen gezwungen, möglichst keine kranken Personen zu versichern.
6. Das System von CDU und CSU ist wettbewerbsfeindlich. Echter Wettbewerb wird nicht zugelassen, denn nach wie vor ist es den privaten Krankenversicherungen erlaubt, sich die Versicherten aus einem Kreis gut Verdienender herauszupicken.

7. Die Einheitszwangsprämie von CDU und CSU ist unsolidarisch. Bereits ab einem Einkommen von etwas über 1.500 € ist der Höchstbetrag fällig. Nach diesem System zahlt der Manager soviel wie die Mitarbeiterin am Empfang, die Ärztin soviel wie der Hausarbeiter. Ein ungerechtes Gesundheitskonzept ist keine Basis für die Zukunft.

Der Hessische Landtag fordert stattdessen eine Neukonzeption der Krankenversicherung in Deutschland im Sinne einer Bürgerversicherung,

- die gerecht ist, weil sie von allen Bürgerinnen und Bürgern einen am Einkommen orientierten Beitrag verlangt,
- die volkswirtschaftlich klug ist, indem sie nicht mehr nur das Arbeitseinkommen, sondern alle Einkommensarten heranzieht,
- die einen fairen Wettbewerb der Krankenkassen zu gleichen Bedingungen und ohne Sonderschönräume für private Anbieter schafft,
- die familienfreundlich ist, in dem sie pflegende und erziehende Angehörige beitragsfrei stellt,
- die qualitäts- und gesundheitsorientiert ist, indem sie nicht den Wettbewerb der Krankenkassen um den jungen und gesunden Versicherten, sondern um die beste Versorgung hervorruft, und
- die unbürokratisch und zukunftsfähig ist, indem sie einfache und gerechte Mechanismen der Beitragsberechnung zur Grundlage hat und die Finanzierungsbasis verbreitert.

Diese Ziele werden nur mit dem Modell der solidarischen Bürgerversicherung erfolgreich erreicht.

Wiesbaden, 16. November 2004

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Kahl

Fuhrmann
Dr. Spies
Eckhardt
Dr. Pauly-Bende